

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 22

Vorwort: Koexistenz 1970

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut



10. Jahrgang Nr. 22
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 22. Oktober 1969

Koexistenz 1970

Das Problem der Koexistenz ist eine Frage der Möglichkeit des Nebeneinanders totalitärer Diktaturen und freiheitlicher Demokratien.

Wenn die Frage der Koexistenz gestellt wird, erscheint die Koexistenz bereits in Frage gestellt. Die Koexistenz zwischen Frankreich und der Schweiz beispielsweise ist eine Tatsache; daher stellt sich zwischen diesen Ländern gar kein Koexistenzproblem.

Das friedliche Nebeneinander totalitärer Diktaturen und freiheitlicher Demokratien ist nicht zum vornherein gesichert; daher stellt sich das Problem der Koexistenz, und zwar als eine der wichtigsten Fragen, mit denen die Regierungen und Völker der ganzen Welt konfrontiert werden.

Wenn das friedliche Nebeneinander nicht zum vornherein gesichert ist, so erscheint das zwangsläufig als Ergebnis dessen, dass die Bereitschaft zur Koexistenz für den einen Teil nicht zum vornherein gesichert ist. In der Tat ist die Bereitschaft der kommunistischen Staaten, friedlich zu koexistieren, fragwürdig. Sie ist fragwürdig, weil die kommunistische Ideologie das Ziel der Welt Herrschaft aufstellt, weil kein namhafter kommunistischer Führer bis heute von diesem Ziel abgewichen ist, weil die meisten aussenpolitischen Massnahmen etwa der Sowjetregierung nur dann als sinnvoll verstanden werden können, wenn sie als Massnahmen im Hinblick auf dieses Ziel verstanden und beurteilt werden. An diesen Fakten ist nicht zu rütteln, ebensowenig wie an der Tatsache, dass der Kommunismus imperialistisch und kolonialistisch ist, derweil der westliche Imperialismus und Kolonialismus abgestorben ist.

Der Hinweis, dass es die Sowjetunion ist, die eine Politik der friedlichen Koexistenz vorschlägt, ist ebensowenig Beweis für deren Koexistenzbereitschaft, wie die sowjetischen Angriffe gegen den angeblichen westlichen Imperialismus und Kolonialismus Moskaus eigenen Imperialismus und Kolonialismus aufheben. Ebensowenig, muss man als Illustration beifügen, wie der Ruf «Halte den Dieb», mit dem sich der Dieb selbst reinzuwaschen versucht, ihm auch tatsächlich Unschuld verleiht.

Die sowjetische Koexistenzpropaganda bedient sich verschiedener Methoden. Sie behauptet die eigene und bestreitet die westliche Bereitschaft zum friedlichen Nebeneinander. Und sie versteht es, die keiner Zensur unterworfenen Völker des Westens direkt anzusprechen. Mit scheinbar vernünftigen Vorschlägen, deren eigentliche Absichten oft gut getarnt sind. Wie beispielsweise mit dem Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz, die mit der Auflösung des Warschauer Paktes und der NATO verbunden wäre.

Und so ist das Problem der Koexistenz auch die wichtigste Frage, mit der sich das Schweizerische Ost-Institut beschäftigt.

Am 4. August 1959 wurde das Ost-Institut gegründet, aus einer Organisation hervorgehend, die im Anschluss an den kommunistischen Staatsstreich vom Februar 1948 in Prag ihre Arbeit aufnahm.

Zweck des Ost-Instituts war und ist es, die Entwicklung in den kommunistischen Staaten zu beobachten und die Ergebnisse den interessierten Kreisen zugänglich zu machen. Das SOI steht damit im Dienste einer besseren Information.

Das Institut ist ein Kind der Zeit und bloss auf Zeit geplant. Dass es noch besteht, ist ein Ausdruck objektiver Notwendigkeit. Dass es solange bestehen konnte, als private, von keiner Regierung unterstützte Institution mit 21 Mitarbeitern, ist an sich erstaunlich.

Aus Anlass des 10. Jahrestages der Gründung des SOI — und des bald abgeschlossenen 10. Jahrganges des «ZeitBildes» — veröffentlichen wir in dieser und den nächsten Nummern Beiträge von Autoren aus verschiedenen Ländern zum Problem der Koexistenz. Zum Teil sind es Berichte, die kürzlich auf einer Interdoc-Konferenz vorgelegt worden sind.

Wir möchten auf diese Weise eine Bestandaufnahme vermitteln und unseren Lesern helfen, einen Ueberblick zu gewinnen.

Es ist beabsichtigt, diese Beiträge anfangs 1970 im Rahmen unserer Taschenbuchreihe «Tatsachen und Meinungen» herauszugeben. Sa

IN DIESER NUMMER

Integrationsprobleme im Comecon	2
Von Ernst Schmidt	
Die KPF auf dem Weg zurück	3
Lateinamerika-Uebersicht	4
Von Alphonse Max	
Computer-Baisse im Ostblock	5
Kommunistische Familienplanung zwischen Partei und Moral	6
Von Ervin György	
Zusammenhänge	8
Koexistenz 1970	
Sinn und Grenzen der Koexistenz	10
Von Peter Sager	
Dichtung und Wahrheit	14
Gruppensex in Budapest	15

«Die Welt ist im grossen und ganzen ein Kampf zwischen Dummheit und Intelligenz, zwischen kurzfristigen und langfristigen Betrachtungsweisen, und was man überall findet, sind schwache Minderheitsregierungen. In den Vereinigten Staaten hat eine Minderheit für den Präsidenten gestimmt, der Kongress ist von einer andern Partei beherrscht, und unser Volk ist tief gespalten. Wir haben einen Mittelstand, der mehr an Ruhe als an etwas anderem interessiert ist, und religiöse Liberale, die glauben, dass alle Regierungen Ausdruck reiner Demokratie sein sollten. Wenn die Konzeption des Obersten Gerichtshofes unter Earl Warren — ein Mensch, eine Stimme — von Südafrika oder Rhodesien nicht angewendet wird, wollen wir gegen diese Länder einen Wirtschaftskrieg führen. Während die Sowjetunion in den Indischen Ozean einzieht und Afrika fast ständig im Aufruhr steht, ist es dumm von uns, wirtschaftliche Sanktionen vorzuschlagen.»

Aus einem Interview mit dem ehemaligen Staatssekretär Dean Acheson, 10. Oktober 1969.

Bibliothek der
Hochschule
Didg. Techn.
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

800